

Stellungnahme des Landtags
durch den Ausschuss für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

zu der Mitteilung des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energie-
wirtschaft vom 8. März 2013
– Drucksache 15/3200

Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;
hier: Marktüberwachung von Produkten

S t e l l u n g n a h m e


- I. Der Landtag nimmt von der Mitteilung des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft vom 8. März 2013 – Drucksache 15/3200 – Kenntnis.
- II. Der Landtag stellt fest,
 1. dass das Ziel der Europäischen Kommission, die verschiedenen europäischen Marktüberwachungsbestimmungen in einem einzigen Rechtsakt zusammenzufassen, grundsätzlich begrüßt wird;
 2. dass die inhaltliche Ausgestaltung des Verordnungsvorschlags verbesserungsbedürftig ist;
 3. dass die im Verordnungsvorschlag vorgesehenen Berichtspflichten, insbesondere im Rahmen des Schnellwarnsystems RAPEX, auf ein notwendiges Maß begrenzt bleiben sollten;
 4. dass die im Verordnungsvorschlag vorgesehenen Berichtsintervalle auf ein notwendiges Maß beschränkt bleiben sollten;

5. dass Bestimmungen zur Gebührenerhebung den Mitgliedstaaten ausreichend Spielraum lassen sollten, um die Kosten für den Vollzug der Marktüberwachungsbehörden zu decken;
6. dass eventuelle Eingriffe in den Verwaltungsvollzug der Länder bei der Marktüberwachung dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit Rechnung tragen sollten.

III. Der Landtag begrüßt die dahingehenden Bemühungen der Landesregierung im Bundesrat.

25.04.2013

Der Berichterstatter:



Alfred Winkler

Der Vorsitzende:



Ulrich Müller